

Migranten stellen ein Drittel der Bevölkerung in Berlin

BERLIN – Jeder dritte Einwohner der deutschen Hauptstadt hat einen Migrationshintergrund. Das belegen Zahlen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, die die *Berliner Morgenpost* veröffentlicht hat.

Danach leben in Stadtteilen der Bezirke Mitte, Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg 50 bis mehr als 60 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund. Betrachte man nur die Kinder und Jugendlichen seien die Anteile noch weit höher und reichen bis zu mehr als 80 Prozent.

In „manchen Gegenden des alten West-Berlins“ wie in Charlottenburg, Spandau, Reinickendorf und Tempelhof-Schöneberg wohnen danach mehr als 40 Prozent Menschen, die aus Einwandererfamilien stammen. In den östlichen Bezirken sind deren Anteile dagegen generell viel geringer. In manchen eher dörflichen Ecken, besonders am Stadtrand Berlins, leben fast gar keine Zuwanderer.

Die meisten Einwanderer in Berlin sind türkischer Herkunft, es folgen Araber, Russen und Polen.

Berlin wächst und will 194.000 Wohnungen bauen

Berlin – Die Bevölkerung Berlins ist in nur sechs Jahren (2011 bis 2016) um eine Viertelmillion gewachsen, das entspricht der Einwohnerzahl der Stadt Kiel. Diese Entwicklung hat dazu

geführt, dass schon heute 77.000 Wohnungen fehlen. Aufgrund des großen Drucks auf dem Wohnungsmarkt sind sowohl die Mieten als auch die Kaufpreise deutlich gestiegen. Um die Bewohnerinnen und Bewohner Berlins auch künftig mit leistbarem Wohnraum versorgen zu können und die Mietpreissteigerung zu dämpfen, sollen bis 2030 194.000 Wohnungen gebaut werden.

Da die derzeit benannten Potenziale für maximal 179.000 Wohnungen reichen, müssen für mindestens 15.000 Wohnungen zusätzliche Flächen gefunden werden. Außerdem wird Raum für die Verkehrserschließung und für notwendige Infrastruktur wie Schulen und Kitas benötigt. Darüber hinaus muss Vorsorge getroffen werden, dass auch nach 2030 noch genügend Flächen für zukünftige Entwicklungen zur Verfügung stehen.

Besonders wichtig ist die Schaffung von leistbarem Wohnraum. Städtischen Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsgenossenschaften kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Der Senat hat deshalb das ehrgeizige Ziel formuliert, dass von den 100.000 Wohnungen, die bis 2021 benötigt werden, 30.000 Wohnungen von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften errichtet werden sollen. Wohnungsgenossenschaften sollten bei der Baulandbeschaffung besser unterstützt werden.

Im Begleitkreis wurden die mit dem Wohnungsbedarf einhergehenden Konflikte, aber auch die Chancen hervorgehoben. So entstehen neue Stadtquartiere und auch bestehende Quartieren können durch intelligente Nachverdichtung profitieren. Zum Beispiel durch neue Wohnformen, klimagerechte Bauweisen, neue Stadtplätze und Einkaufsmöglichkeiten oder durch eine verbesserte Verkehrserschließung.